

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

**Aus dem Landtag vom 22. April 2015**

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/xls>

## Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer – EU in der Kritik

Am vergangenen Wochenende ertranken vor Sizilien mehr als 800 Flüchtlinge im Mittelmeer, die auf einem nur 20 Meter langen Kutter nach Europa wollten. Das völlig überladene Schiff stieß aufgrund von Manövrierfehlern des Kapitäns mit einem großen Frachter zusammen und ging unter. Gestern kenterten erneut zwei überladene Schiffe vor der griechischen Küste.



Die Fraktionssprecherin für Migrations- und Integrationspolitik Zahra Mohammadzadeh ergriff die Initiative, heute das Schicksal der Flüchtlinge und die Kritik an der EU-Flüchtlingspolitik in der Aktuellen Stunde im Landtag zu behandeln. Sie erinnerte an die Tragödie vor Lampedusa, als im Oktober 2013 400

Menschen ertranken, die kollektives Entsetzen, kollektive Scham und Trauer ausgelöst hatte. Die damaligen Forderungen, ein solches Unglück dürfe nie wieder geschehen, waren substanzlos geblieben. So wurde das damals eingerichtete Programm „Mare Nostrum“ zur Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge, im Jahr darauf eingestellt. Monatlich sieben Millionen Euro Kosten waren der EU zu viel, Italien wurde damit allein gelassen. Der Nachfolgeinsatz unter der Leitung der EU-Grenzschutzagentur Frontex dient nicht der Rettung von Flüchtlingen, sondern dem Schutz der EU-Außengrenze.

Vorrang hat immer noch nicht die Rettung von Menschenleben: So listete Mohammadzadeh Maßnahmen auf, die Teile eines 10-Punkte-Programms sind, das morgen auf einem Sondergipfel der EU-Innen- und Außenminister beschlossen werden sollen: mehr Geld für die Grenzüberwachungsprojekte „Triton“ und „Poseidon“; die Polizeibehörde Europol soll mit Frontex und der Justizbehörde Eurojust stärker bei Ermittlungen gegen Schleuser zusammenarbeiten, deren Boote beschlagnahmt und zerstört werden; Das europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen soll in Italien und Griechenland Teams zusammenstellen, um Asylanträge schneller ablehnen zu können; es soll sichergestellt werden, dass alle Flüchtlinge mit Fingerabdrücken erfasst werden, illegale Flüchtlinge sollen zügig wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Diese Maßnahmen, so die Abgeordnete, geben keine Antwort auf die menschliche Katastrophe, sondern schließen die Mauern um Europa dichter.

Zahra Mohammadzadeh forderte ein von allen Abschottungsgedanken unabhängiges Seenotrettungsprogramm für Flüchtlinge, das von allen EU-Mitgliedstaaten finanziert wird. Außerdem müssen legale und sichere Zugangsmöglichkeiten für EinwanderInnen in die EU geschaffen werden. Dazu gehört eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitglied-



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

staaten, denn ein finanzieller Ausgleich für die Länder sei möglich, wie auch ein einheitliches EU-Flüchtlingsvisum möglich sei.



Der europapolitische Sprecher Hermann Kuhn ging noch einmal auf die Forderungen ein, die der im November von der Grünen-Fraktion initiierte Antrag „Lampedusa muss ein Wendepunkt für die EU-Flüchtlingspolitik sein“ (<http://gruenlink.de/nst>) aufstellte: Nichts davon sei umgesetzt worden. Kuhn übte auch Kritik an Bundesinnenminister de Maizière, der argumentierte, dass eine Aufstockung von „Mare nostrum“ nur die Zahl der Flüchtlinge steigern und das Schlepperwesen fördern würde. Jetzt erst, so Kuhn, scheint der Innenminister seine Haltung zu ändern. Es dürfe nicht sein, dass sich die Fehler von damals heute wiederholen.

## Das Amtsgeheimnis hat ausgedient!

Mit dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz (IFG) haben BürgerInnen das Recht auf Auskünfte der Verwaltung. Das Gesetz sieht die Veröffentlichung zahlreicher Dokumente vor, die im Internet aus dem Bremischen Informationsregister abgerufen werden können. Das reicht z. B. von Beschlüssen des Senats und der Deputationen über Verordnungen und Gesetze bis zu Verträgen und Zuwendungen. Ein Koalitionsantrag vom Dezember 2014 zur Änderung des Informationsfreiheitsgesetzes soll das Handeln von Verwaltung und Politik noch transparenter machen. Heute wurde das novellierte IFG mit Änderungen beschlossen, denn weitere Verbesserungen wurden in der Zwischenzeit eingearbeitet.



Für den datenschutzpolitischen Sprecher Mustafa Öztürk, Initiator der Gesetzesreform, sind folgende Änderungen besonders hervorzuheben: Die Behörden müssen in Zukunft bestimmte Dokumente unverzüglich veröffentlichen; der bisherige Ermessensspielraum gehört der Vergangenheit an. Auch der

Katalog der Veröffentlichungspflichten wurde massiv erweitert. Neu ist auch, dass das Recht auf Information eingeklagt werden kann. Erstmals erhalten alle BremerInnen Einblick in alle öffentlichen Verträge ab einem Wert von 50.000 Euro, auch gestückelte Verträge mit demselben Vertragspartner werden öffentlich gemacht, wenn sie zusammen die Wertgrenze erreichen. Für Gutachten gilt, dass sie ab einem Auftragswert von 5.000 veröffentlicht werden müssen.

Mustafa Öztürk sieht mit dieser Novelle des Gesetzes Bremen als „gläserner Staat“ bundesweit an der Spitze. Und er bedauert, dass nicht alle Bundesländer Informationsfreiheitsgesetze haben, denn Transparenz sollte kein staatlicher Gnadenakt sein, sondern ein selbstverständlicher Service.

